

Parteienbühne

Ein Ja zur Initiative «Familie und Beruf»

Die Initiative der Wirtschaftskammer zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bringt wichtige Fortschritte.

Dadurch, dass das Taggeld bei Mutterschaft nicht mehr über die Krankenkasse finanziert werden muss, kann eine der Ursachen für eine Diskriminierung von jungen Frauen ausgeschaltet werden. Eine Firma wird dann nämlich die Kosten der Karenz nicht mehr selber tragen müssen. So wären die finanziellen Nachteile kleiner Firmen bei der Anstellung von Frauen aufgehoben und eine vorurteilsfreie Bewertung der Qualifi-

kation bei der Anstellung geschaffen. Die Aufhebung des Kita-Finanzierungs-Stopps würde dazu führen, dass bedürfnisgerecht mehr dringend benötigte Betreuungsplätze geschaffen werden können. Die Nachfrage nach Betreuungsplätzen ist gross. Es ist wichtig, dass die Wahlmöglichkeit für Familie und Beruf oder Familie als Beruf gegeben ist. Viele Familien sind auf Betreuungsplätze angewiesen, da sie ein zweites Einkommen für den Lebensunterhalt benötigen. Frauen, die heute genauso gut ausgebildet sind wie Männer, soll die Mög-

lichkeit gegeben werden, auch mit Kindern einer bezahlten Arbeit nachzugehen. Sie sind das schlummernde Potenzial, mit welchem dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden kann.

Übrigens könnten Familienfrauen, die sich 100 Prozent für die Kinderbetreuung entscheiden, gezielt entlastet und effizient ohne Kosten für den Staat durch erwerbsabhängige Krankenkassenprämien gefördert werden: Kein Erwerb, keine Prämien. Die längst nötige Diskussion der Verteilung der Kosten bei der Krankenkasse hat der Landtag jedoch

ohne stichhaltige Argumente abgeblockt. Die Mehrheit des Landtags wollte Volkes Stimme dazu nicht hören.

Darunter haben gerade Familienfrauen ohne Erwerb zu leiden. Die Freie Liste bittet die Stimmberechtigten, auch wenn sie selbst nicht direkt von der Vorlage «Familie und Beruf» profitieren, ein Ja in die Urne zu legen. Viele Familien sind auf qualitativ gute und bezahlbare ausserhäusliche Kinderbetreuung angewiesen.

Eine Stellungnahme der
Fraktion der Freien Liste